



VERLAG DER
ÖSTERREICHISCHEN
AKADEMIE DER
WISSENSCHAFTEN

Beiträge zur Rechtsgeschichte Österreichs

Zeitschrift der Kommission für Rechtsgeschichte Österreichs der
Österreichischen Akademie der Wissenschaften

9. Jahrgang
Heft 2 / 2019

Michael GEHLER, Thomas OLECHOWSKI,
Stefan WEDRAC, Anita ZIEGERHOFER (Hgg.)

Der Vertrag von Saint Germain im Kontext der europäischen Nachkriegsordnung

SONDERDRUCK

Redaktion:
Forschungsstelle für
Rechtsquellenerschließung
der Universität Wien

Beiträge zur Rechtsgeschichte Österreichs

Zeitschrift der Kommission für Rechtsgeschichte Österreichs der
Österreichischen Akademie der Wissenschaften

**9. Jahrgang
Heft 2 / 2019**

Michael GEHLER, Thomas OLECHOWSKI,
Stefan WEDRAC, Anita ZIEGERHOFER (Hgg.)

Der Vertrag von Saint Germain im Kontext der europäischen Nachkriegsordnung

Redaktion:
Forschungsstelle für
Rechtsquellenerschließung
der Universität Wien

Beiträge zur Rechtsgeschichte Österreichs

Zeitschrift der Kommission für Rechtsgeschichte Österreichs
der Österreichischen Akademie der Wissenschaften

Herausgegeben von
Thomas OLECHOWSKI, Wien

gemeinsam mit
Gerhard AMMERER, Salzburg
Elisabeth GREIF, Linz
Gabriele HAUG-MORITZ, Graz
Herbert KALB, Linz
Gerald KOHL, Wien
Christian NESCHWARA, Wien
Eva ORTLIEB, Graz
Ilse REITER-ZATLOUKAL, Wien
Martin P. SCHENNACH, Innsbruck
Arno STROHMEYER, Salzburg
Gunter WESENER, Graz
Ewald WIEDERIN, Wien
Thomas WINKELBAUER, Wien
Anita ZIEGERHOFER, Graz

Internationaler wissenschaftlicher Beirat
Karolina ADAMOVIČ, Prag – Uta BINDREITER, Lund – Gary B. COHEN, Minneapolis
Heinz DUCHHARDT, Mainz – Thomas DUVE, Frankfurt a.M. – Andrzej DZIADZIO, Krakau
Michael GEHLER, Hildesheim – Andreas GOTTMANN, Rom – Andrzej GULCZYŃSKI, Posen
Karl HÄRTER, Frankfurt a.M. – Eszter HERGER CSABÁNE, Pécs – Borut HOLCMAN, Marburg a.d.D.
Janez KRANJC, Laibach – Klaus LUIG, Köln – Heiner LÜCK, Halle – Barna MEZEY, Budapest
Janwillem OOSTERHUIS, Maastricht – Jana OSTERKAMP, München – Frank SCHÄFER, Freiburg i.Br.
Clausdieter SCHOTT, Zürich – Dieter SCHWAB, Regensburg – Wolfgang SELLERT, Göttingen
Istvan SZABO, Budapest – Juraj ŠEDIVÝ, Pressburg – Jaromir TAUCHEN, Brünn –
Christopher THORNHILL, Manchester – Robert Christian VAN OUYEN, Lübeck/Berlin
Stephan WAGNER, Regensburg – Alain WIJFFELS, Leiden/Louvain-la-Neuve

Redaktion
Christoph SCHMETTERER (Chefredakteur), Agnes TSCHARRE
Forschungsstelle für Rechtsquellenerschließung der Universität Wien,
Postgasse 7, 1010 Wien

Lektorat
Miriam GASSNER, Ramon PILS

<http://www.rechtsgeschichte.at/beitraege>

gedruckt mit Unterstützung des Beirates für Gedenk- und Erinnerungsjahr 2018
des österreichischen Bundeskanzleramtes

20 100 Jahre
18 Republik Österreich

Die verwendete Papiersorte in dieser Publikation ist DIN EN ISO 9706 zertifiziert und
erfüllt die Voraussetzung für eine dauerhafte Archivierung von schriftlichem Kulturgut.

Als internationale wissenschaftliche Zeitschrift mit peer-review von der ÖAW gefördert

Alle Rechte vorbehalten.

ISBN 978-3-7001-8644-1

ISSN 2221-8890

Copyright © Österreichische Akademie der Wissenschaften, Wien 2019

Druck und Bindung: Prime Rate, Budapest

<https://epub.oeaw.ac.at/8644-1>

<https://verlag.oeaw.ac.at>

Made in Europe

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort des Bundespräsidenten a.D.	263
Vorwort	265
Michael GEHLER, Hildesheim Europa, die internationale Architektur und die Weltpolitik 1917–1920	267
Anita ZIEGERHOFER, Graz Völkerbund und ILO Im Sinne der Erhaltung des politischen und sozialen Friedens.....	293
Catherine HOREL, Paris Frankreich und St. Germain 1918–1920	311
B. J. C. MCKERCHER, Victoria The other German Treaty: Lloyd George and St. Germain 1919–1920.....	320
Hans-Jürgen SCHRÖDER, Gießen Woodrow Wilson und der Vertrag von St. Germain 1919–1920.....	332
Marion DOTTER, Wien Die Tiroler Frage in St. Germain und die Folgen	352
Damian SZYMCZAK, Posen Polen, Brest Litowsk und die Verträge von St. Germain und Versailles	362
Thomas OLECHOWSKI, Wien Der Vertrag von St. Germain und die österreichische Bundesverfassung	374
Walter M. IBER, Graz „Rettungsschirm“ für Österreich: Die Völkerbundanleihen.....	384

Klaus SCHWABE, Aachen Versailles – Bedingungen, Enttäuschungen und Erfolge.....	397
Hans-Christof KRAUS, Passau Der Versailler Vertrag und die deutsche Außenpolitik 1919–1933	408
Ibolya MURBER, Budapest Ungarn und sein Friedensvertrag von Trianon 1920.....	418
Roumaina PRSEHLENOVA, Sofia Bulgarien und der Vertrag von Neuilly 1919.....	430
Hüseyin I. CICEK, Wien Der Friedensvertrag von Sèvres 1920 und die osmanische Haltung.....	444
Athanassios PITSOULIS, Hildesheim Greece, Turkey, the Eastern Question and the Treaty of Lausanne 1923	456
Heinz KÖNIG, Wien Die Festlegung von Staatsgrenzen. Der maßgebliche Beitrag der Geodäten zur Realisierung von Grenzen.....	471
Christian PIPPAN, Graz Die völkerrechtlichen Konsequenzen des Vertrages von St. Germain.....	498
Andreas GOTTMANN, Rom Der Heilige Stuhl und die Pariser Friedensordnung von 1919/20	517

Catherine HOREL, Paris

Frankreich und St. Germain 1918–1920

France and St. Germain 1918–1920

The relations between France and Austria at the time of the negotiations leading to the signing of the Saint-Germain Treaty reveal the French preoccupations after the demise of Austria-Hungary. The new situation of a power vacuum in Central Europe disturbed the traditional French conception – in order to cope with bolshevism on one side and Germany on the other, France had to “reinvent” her geopolitical thinking about the region. Stabilizing Austria as well as Hungary was the expression of this necessity.

Keywords: Austria-Hungary – First World War – France – Peace Treaties – Treaty of St. Germain

Für den berühmten Satz, wonach Clemenceau gesagt hätte „L’Autriche, c’est ce qui reste“, gibt es keinen Beweis. Man findet ihn weder in den Quellen der Friedenskonferenz noch in der Presse. Keine Angabe einer Äußerung Clemenceaus in der Privatsphäre ist je erschienen. Man hat es also mit einem Mythos zu tun, der aber in der Zwischenkriegszeit als das Fazit für das Anschlussverbot betrachtet wurde.¹ Die Mythisierung entspricht aber der emotionalen Dimension des Vertrags von Saint-Germain, dessen Realität sich die französischen Entscheidungsträger bewusst waren. Vor 1918 bedeutete für sie Österreich nicht nur ein Imperium, sondern eine geopolitische Notwendigkeit in Zentraleuropa. Als 1848 das Gespenst der Entstehung Großdeutschlands ans Tagelicht gekommen war, sah nun Frankreich nolens volens die Habsburgermonarchie als Bollwerk gegen die preußischen Ambitionen einerseits, gegen Russland andererseits. Daher die französische Konzeption von Mitteleuropa ohne, und gegen Deutschland. Deswegen konnte man sich keine präzise Idee von Österreich „allein“ machen.

Die französische Geopolitik war nach wie vor am linken Rheinufer verankert, Frankreichs Kriegsziele wurden nur in diese Richtung formuliert. Erst nach dem Kriegseintritt Italiens änderte sich die Lage: Frankreich, sowie Großbritannien, verloren somit ihre Flexibilität gegenüber der Habsburgermonarchie. Aufgrund jener Bindung waren auch die Alliierten gezwungen, ethno-nationale Ansprüche anzuerkennen, die mit der Konzeption eines Vielvölkerreiches kollidierten. Dazu konnte jenes Reich nicht auf eine Kernnation zurückfallen. Anders als Deutschland, Russland, die Türkei, und sogar Ungarn, war die Identität Österreichs für die Alliierten ein Rätsel. Eigentlich hätte Frankreich eine Zerstückelung Deutschlands bevorzugt, zugunsten Österreichs einerseits, Polens und Dänemarks andererseits. Die Leitlinien der Strategie Frankreichs war vielmehr die Suche nach Sicherheitsgarantien als eine Hegemonialpolitik.² Diese Analyse von Pierre Renouvin schien immer noch sehr relevant. Eine andere, schon vor dem Krieg oft erwähnte Lösung des Nationalitätenproblems in Österreich-Ungarn, nämlich die Föderalisierung, wurde auch 1918

¹ ZOLLINGER, L’Autriche 621–632.

² HARTMANN, Friedensprojekt 80.

und in den darauffolgenden Jahren mehrmals in Betracht gezogen, und wurde praktisch eine Konstante, um aus der Sackgasse der Nachkriegsordnung zu kommen. Was sollte man aber 1919 befürworten? Sollte das kleine Österreich der Brückenkopf der neuen Mitteleuropa-Politik Frankreichs werden? Frankreich war aber nicht nur mit Österreich und dessen Anschlussversuch, sondern auch mit der Räterepublik in Ungarn und dem Bolschewismus im Allgemeinen konfrontiert. Demgegenüber verlangten die Nachfolgestaaten von den Alliierten eine dezidierte anti-deutsche bzw. ungarische Friedensordnung.

Frankreich und das neue Österreich

Durch den Zusammenbruch der Habsburgermonarchie entstand in Mitteleuropa ein Machtvakuum. Deutschland war zwar besiegt, doch sein Territorium blieb eine geopolitische Wirklichkeit, die eine potenzielle Attraktivität für das neue Österreich schuf. Frankreich und seine Alliierten wünschten aber kein Großdeutschland; dagegen konnten sie agieren, während sie gegen Russland praktisch entmachtet waren. Da sie gegen das revolutionäre Gespenst in Osten nichts Konkretes machen konnten (es sei denn, man schickt Truppen und verursacht einen neuen Krieg, den keiner will), bemühten sie sich, zumindest in Mitteleuropa eine stabile Ordnung zu bilden, in der Deutschland mehr oder weniger neutralisiert wurde. Die Räterepublik in Ungarn zeigte, dass der Bolschewismus eine gefährliche Nachkriegserscheinung war. Es wurde also einerseits versucht, Österreich den Anschluss zu verbieten, andererseits es vor der bolschewistischen Ansteckung zu schützen.

Die Unabhängigkeit Österreichs war laut Clemenceau „inaliénable“ (unveräußerlich).³ Doch die französische Haltung war im Herbst 1918 nicht so streng, es wurden mehrere Möglichkeiten in Betracht gezogen: die Lebensfähigkeit Österreich könnte man stärken, indem man ihm deutsche Gebiete anschloss. Im schon erwähnten Plan einer Verkleinerung Deutschlands nahm man seine katholischen Länder weg, um ein größeres Österreich zu schaffen, konkret hieß es aber nur, Bayern würde Österreich angegliedert werden. Die Österreicher wiederum sprachen nur vom Anschluss, und dann, als diese Option unannehmbar wurde, von einer Annektierung Deutsch-Böhmens und Deutsch-Mährens, was wiederum für die Alliierten, allen voran die Franzosen, inakzeptabel war, da man die Tschechoslowakei, als assoziiertes Land und Sieger betrachtete und nicht schwächen wollte.

Aber sogar der Anschluss schien einigen französischen Beobachter keine so große Katastrophe, vorausgesetzt Deutschland würde gedemütigt und verkleinert. Diese Meinung äußerte zum Beispiel der Diplomat und hohe Beamter im Quai d'Orsay Jules Laroche.⁴ In zwei Berichten vom Ende Oktober 1918 analysierte Laroche diverse Varianten für eine Lösung der deutsch-österreichischen Frage, selbstverständlich zugunsten Frankreichs. Er sprach gegen die allgemein verbreitete Angst eines Anschlusses, da er meinte, somit würde Deutschland weniger preußisch und dafür mehr katholisch werden.⁵ Deutschland selbst hätte einige Gebietsabtren-

³ BECKER, Versailles–St Germain–Trianon 66.

⁴ Laroche (1872–1961) war damals Sektionschef in der europäischen Abteilung, nahm an der Friedenskonferenz als Mitglied der Kommission für territorialen Fragen teil, und wurde später Botschafter in Warschau (1926–1935) und Brüssel (1935–1937).

⁵ Laroche, La physionomie de l'Allemagne de demain au point de vue de la configuration et de la superficie en cas de réincorporation des Allemands d'Autriche, MAE, Fonds PA-AP 166, Papiers Tardieu, dossier 328, fol. 250–265.

tungen gelitten, vor allem im Norden und Osten, um nicht von Elsass-Lothringen zu reden. Was die österreichischen Staatsgrenzen betraf, war Frankreich zuerst nur an jener zu Deutschland interessiert, in zweiter Linie an jener zu der Tschechoslowakei sobald diese ihre Unabhängigkeit erlangt hatte.

Der Wunsch, Österreich im Westen von Deutschland, im Osten von Ungarn zu trennen, und eine direkte Kommunikation zwischen Slawen aus dem Süden und dem Norden zu ermöglichen, führte zu dem Vorschlag, einen Korridor zu schaffen, der Tschechen und Kroaten verbinden würde. Das Projekt wurde Ende 1918 und während der Abkommen zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien kurzzeitig wiederbelebt. Arthur Chervins es als eine Rekonstitution der alten römischen Provinz von Oberpannonien, die tatsächlich den Osten Österreichs und den Westen Ungarns umfasste. Er stellte sich vor, die ungarischen Kreise Moson [Wieselburg], Sopron [Ödenburg], Vas [Eisenburg] und Zala neu zu gruppieren, was den tschechischen Ländern die Möglichkeit geben würde, direkt mit den Slowenen und den anderen slawischen Ländern zu kommunizieren. Dieses neue Pannonien sollte seine ehemalige Hauptstadt von Szombathely [Steinamanger, Savaria] finden. Der Korridor wäre im Westen durch die Leitha und die heutige österreichische Grenze bis Radkersburg am linken Murofer begrenzt gewesen; im Süden wäre er dem linken Ufer der Mur gefolgt bis zum Zusammenfluss mit der Drau [Murakeresztúr]; im Osten wäre er der östlichen Grenze des Komitats Zala bis zum Plattensee gefolgt, der ungarisch geblieben wäre, dann dem rechten Ufer der Zala bis zum linken Ufer des Marczal und der Raab bis zur Mündung in die kleine Donau; Im Norden wäre er schließlich auf die Donau von Győr [Raab] nach Pozsony [Preßburg, Bratislava] angewiesen gewesen. Chervin wollte es als einen politischen, aber vor allem wirtschaftlichen Nutzen sehen: Er plante, entlang dieses Korridors eine Eisen-

bahnlinie zu bauen, um die zentralen Eisenbahnknotenpunkte von Wien und Budapest zu vermeiden; die Waren hätten somit „von Petrograd bis Fiume“ transportiert werden können,⁶ und die Nordslawen Zugang zum Meer gehabt, der nicht mehr durch Deutschland geführt hätte. „Diese Länder werden sich in der Stunde der Gefahr auch an das habsburgische Motto erinnern können: ‚viribus unitis‘. Sie werden gegen den gemeinsamen Feind vereint und, angeregt durch den Patriotismus, der jetzt in Österreich fehlt, werden sie mächtig genug sein, um ihre eifrigen Nachbarn zu besiegen. Durch die Restaurierung haben wir nicht nur eine schöne Arbeit, sondern auch eine gute Arbeit geleistet. Wir haben lange Zeit dafür gesorgt, dass das wahre europäische Gleichgewicht erreicht ist und die Menschheit leichter atmen wird.“⁷ Diese geopolitischen Pläne für die Neufestsetzung der Grenzen wurden nicht von den französischen Geographen übernommen, die über die Arbeit der Friedenskonferenz präsidierten. Sie wurden aber bis in die 1920er Jahre regelmäßig von der französischen Presse aufgegriffen, sowie von Tomáš G. Masaryk, der sie in seinem Buch „La nouvelle Europe“ ernsthaft beschwor.⁸

Wenn Österreich (das gilt auch für Ungarn) eindeutig als besiegt betrachtet wurde, nahm es aber in den Mentalitäten, in der öffentlichen Meinung, sowie bei den Entscheidungsträgern in Frankreich nicht die gleiche Stellung ein wie Deutschland. Die österreichische Delegation genoss in Saint-Germain einen eher wohlwollenden Empfang, der in der französischen Presse spürbar war. Der Unterschied war auch in den Debatten der „Vierer Konferenz“ am Anfang klar ausgedrückt. Sogar die Frage der Verantwortung des Herrschers war am 8. Mai 1919 ausgeräumt. Lloyd George sagte folgendes: „Elle

⁶ CHERVIN, *L'Autriche et la Hongrie* 115.

⁷ PICHON, *L'Autriche-Hongrie* 260.

⁸ MASARYK, *La nouvelle Europe* 205.

[Die Frage der Verantwortung] ne se pose pas en ce qui concerne l'empereur Charles : il n'était pas là quand la guerre a été déclarée et sa responsabilité est nulle".⁹ Doch die Frage der Kriegsschuld stellte sich, laut Clemenceau, der die Opferthese, wie sie die österreichischen Delegierten formulierten, nicht annehmen wollte. Dagegen betonte die Delegation ad libitum, dass das kleine Österreich lebensunfähig sei. In der von Karl Renner vorgelesenen Deklaration, welche den letzten Gegenvorschläge der Delegation beiliegt, hieß es: „Wir fühlen uns verpflichtet, vorauszusagen, dass wir unter ihrem [die ökonomischen Lasten, die uns der Vertrag aufbürdet] Drucke, wenn sie nicht in wesentlichen Punkten gemildert werden, zusammenbrechen werden.“¹⁰ Die Wahlen in Februar 1919 schienen aber die Stabilität der neuen Republik befestigt zu haben: Diplomaten und Politiker, sowie die Presse begrüßten die Ergebnisse, doch der Wahlsieg der Sozialisten, die nach wie vor den Anschluss befürworteten, ließ die Frage der Zukunft Österreichs noch offen. Wenn die Donauföderation kaum machbar erschien, dann war vielleicht die Neutralität eine Option.¹¹ Sie wäre eine zusätzliche Sicherung gegen den Anschluss einerseits, gegen die Restauration andererseits gewesen. Frankreich musste auch mit dem Hass der Nachfolgestaaten und ihrer entsprechenden Propaganda gegen Österreich und Ungarn rechnen, die es aber nicht genug wahrnahm, und daher ihre Reaktionen oft falsch interpretierte. Obwohl es in die jeweiligen Länder Profidiplomaten schickte, welche die dortigen Mentalitäten mit Rücksicht analysierten, wurden die anti-habsburgischen bzw. anti-magyarischen Diskurse und die entsprechende

Produktion von Narrativen in der Zentrale nicht rezipiert.

Ab den 1920er Jahren wurde „Mitteleuropa“ ein wesentlicher Bestandteil der französischen Politik gegenüber Deutschland und lag als Konzept den geopolitischen Überlegungen Frankreichs sowie dessen diplomatischem Handeln zugrunde. Die Experten debattierten die Föderalisierung des Gebietes der ehemaligen Habsburgermonarchie. Bertrand Auerbach, der Geograph Jean Brunhes sowie der Historiker Jacques Bainville sprachen sich gegen die von Denis und Eisenmann favorisierte Option einer Bildung von Nationalstaaten aus, die letztere auch durch die Siegermächte und ihre Alliierten legitimiert sahen. Für Eisenmann bedeutete Mitteleuropa im Wesentlichen den Donaauraum, dessen ethnische Vielfalt eine Region definierte, in der kleine und mittlere Nationen existierten; er schloss Deutschland daher bewusst aus. Somit wurde die französische Konzeption zum Programm erhoben.¹² Für Frankreich bildete die Tschechoslowakei das Herz Mitteleuropas, Prag ersetzte nun Wien. Hier zeichnete sich schon die Brücken-Funktion zwischen Ost und West ab, sowie jene eines mitteleuropäischen Blocks unter der Führung Prags, gegen den deutschen Revanchismus bzw. gegen den Bolschewismus. Das Hauptziel Frankreichs war es, Mitteleuropa – einschließlich jener Länder, die nicht seine unmittelbaren Verbündeten waren – dem deutschen Einflussbereich zu entziehen. Somit sollten Polen, Rumänien, die Tschechoslowakei und Jugoslawien „die Rheingrenze verteidigen“.¹³ Die Vorschläge von Emmanuel de Martonne stimmten mit diesen Gedanken überein. Er empfahl die Bildung eines „größeren Österreichs“, um die Grundlagen für eine anti-deutsche Vereinbarung zu schaffen. Sein „Mitteleuropa“ war absichtlich sehr breit angelegt, da es sich nach

⁹ Sitzung des 8. Mai 1919, MANTOUX, *Les délibérations du Conseil des Quatre*, LXVII 8.

¹⁰ KLEINWAECHTER, *Von Schönbrunn bis Saint-Germain* 267.

¹¹ KREISSLER, *Frankreichs öffentliche Meinung* 280f.

¹² HOREL, *Cette Europe qu'ondit centrale* 302.

¹³ BARBIER, *L'Europe centrale* 33.

Osten bis Rumänien und nach Westen bis in die Schweiz erstreckte. Sein Projekt veranlasste den Österreicher Johann Sölch zu der ironischen Bemerkung: „Was ist mit der französischen Geographie? Hörte sie nicht auf, eine Wissenschaft zu sein, sobald es sich um politische Probleme handelt?“¹⁴

Die Verhandlungen: kein Spielraum?

Als die Verhandlungen mit der österreichischen Delegation begannen, war zwar die neue Ordnung in Mitteleuropa mehr oder weniger etabliert, doch es wäre meiner Meinung nach eine Fehleinschätzung zu behaupten, dass die Lage völlig eingefroren war. Wie groß aber der Spielraum war, oder welche Optionen noch offen waren, sind Fragen, welche die jeweiligen Akteure zu beantworten versuchten. Anschluss, Neutralität, Föderation oder Revolution und einen neuen Krieg? 1919 verwies die Karte Europas auf vielen noch nicht gelösten Konflikte.

Erstens hatte Österreich bloß mit seinem Namen zu kämpfen, dementsprechend mit der Perzeption seiner Identität und mit seinem Erbe als „Rest“ der Habsburgermonarchie. Wenn der Name „Deutsch-Österreich“ von den Alliierten abgelehnt wurde, bedeutete das aber nicht, dass die deutsche Identität des Landes verneint wurde. Im Gegenteil, Clemenceau schob sogar der deutschsprachigen- und gesinnten Elite der Monarchie die Schuld an dem Kriegsausbruch zu. Somit war er konsequent, als er den Anschluss nicht akzeptierte. In einer Debatte des Vierer-Rats am 15. Mai 1919 sagte er in einem Wortwechsel mit Orlando das Folgende:

Orlando: „[...] M. Clemenceau a dit très bien que l'Europe a été menacée par l'esprit agressif

de l'Allemagne et de l'Autriche; mais l'Autriche n'était pas seulement l'Autriche allemande.“

Clemenceau: „Qui donc représentait l'esprit d'agression en Autriche? Etaient-ce les Bohémiens [sic] et les Polonais? La plupart d'entre eux ont dû se battre pour l'Autriche, comme des Alsaciens et des Lorrains pour l'Allemagne. Vienne est le centre des intrigues qui ont mis le feu à l'Europe. Je connais bien tout ce monde autrichien: ce sont deux ou trois douzaines de Junkers, toujours les mêmes, qui ont jeté l'Autriche dans les bras de l'Allemagne et qui sont responsables de la politique autrichienne dans les années qui ont précédé la guerre. Tous les ans, quand je passais par Vienne, je faisais campagne contre l'influence allemande. Ces gens-là m'ont toujours répondu: ‚L'Allemagne est trop forte, et il faut la suivre.‘ Au fond, tous ces gens luttèrent pour ce qu'ils croyaient être leur intérêt, pour une autorité forte et la sauvegarde de leurs propriétés.“¹⁵

Zusammen mit dem Anschlussverbot, das 22. April 1919 von der Konferenz bekanntgegeben wurde, wurde Österreich also verboten, den Namen „Deutsch-Österreich“ zu führen, wobei viele an den Vierer-Rat adressierte Dokumente ihn noch trugen. Die Alliierten ihrerseits benützten die Formel: „Die Republik Österreich“. Laut Friedrich Kleinwächter wollte man dadurch: „die Fiktion, dass der neue Staat identisch sei mit dem früheren österreichischen Staate“, auferlegen.¹⁶ Das Problem mit dem Anschluss schien nach dem Rücktritt Otto Bauers die Mitglieder der Konferenz viel weniger zu besorgen, da sie auch von Deutschland beruhigende Nachrichten erhielten, und Österreich sich nun auf andere Fragen konzentrierte. Es waren vielmehr die zukünftigen Grenzen – und damit auch das Schicksal der nun zur Minderheit gewordenen Deutschen –, welche die österreichische Delegation beschäftigten. Darüber

¹⁵ Sitzung des 15. 5. 1919, MANTOUX, Les délibérations du Conseil des Quatre LXXX, 8.

¹⁶ KLEINWÄCHTER, Von Schönbrunn bis Saint-Germain 203.

¹⁴ KORINMAN, Naissance et renaissance 31; Vgl. SÖLCH, Martonne's Mittel-Europa 38f.

hinaus war den Alliierten wohl bewusst, dass sie das Selbstbestimmungsrecht der Völker verletzen, indem sie die assoziierten Mächte und Nachfolgestaaten bevorzugten. Pragmatismus gewann hier über „historische Rechte“ der jeweiligen Länder, wobei die Österreicher sich dieses Arguments auch bedienten, um die Grenzen zu ihren Gunsten modifizieren zu lassen. Dabei konnten sie auf die Antagonismen bauen, welche die neue Situation auf dem Grund in Erscheinung gebracht hat. Auch wenn sie die Grenzfrage mit der Tschechoslowakei nicht beeinflussen konnten, gelang es ihnen im Gegenteil jene in Kärnten günstig zu orientieren: sie profitierten hier von der Rivalität zwischen Italien und Jugoslawien. Die französische militärische Mission in Österreich, unter der Leitung von General Hallier und Oberstleutnant Lenobleals Stabschef, fuhr nach Kärnten, wo der italienische General Segre die Interalliierte Mission kommandierte. Die französische Mission urgierete in Paris, man möge energischer entscheiden, um das Chaos zu Ende zu bringen.¹⁷ Hier wie später in Ungarn waren sich aber die Alliierten nicht einig: in diesem konkreten Fall sprachen sich die Italiener zugunsten Österreichs aus, da sie somit die jugoslawischen Anforderungen bremsen wollten. Sie entschieden dann genauso gegen die Jugoslawen in Ungarn.

Der relative Erfolg der Österreicher in Kärnten und der Steiermark wurde aber als fast einziges positives Ergebnis der Konferenz interpretiert. Hingegen bedeutete die Grenzziehung im allgemeinen ein kollektives Trauma, das sogar von secessionistischen Bewegung begleitet wurde: Separatismus in Tirol, das weder einem sich Deutschland anschließenden Österreich noch Italien angehören wollte, und eventuell eine Neutralität annehmen würde; in Vorarlberg, wo eine Volksbefragung angeblich 80 % der Stim-

men für einen Anschluss an der Schweiz gesammelt hat. Die Vertreter dieser Bewegung baten um die Möglichkeit, nach Paris kommen zu dürfen, bekamen aber dafür keine Reisepässe.¹⁸

Österreich war von mehrfachen Gefahren bedroht: eine Zerstückelung seines schon kaum lebensfähigen Territoriums, die Unruhen an seinen noch nicht etablierten Grenzen, der Anschluss, den viele noch als Lösung betrachteten, die Versorgungskrise (Lebens- und Heizungs-mittel), schließlich, und das war nicht die geringste Gefahr, der Bolschewismus. Die Delegation bemühte sich, vor der Friedenskonferenz jene schwierige Situation besonders schwarz zu malen, um sie zugunsten Österreich zu beeinflussen. Eigentlich bestätigten die Berichte der verschiedenen Gesandten in Wien und in den jeweiligen (Bundes-)Ländern dieses Bild nur teilweise. Der französische Gesandter in Wien, Henri Allizé, hätte, entsprechend einer im Quai d'Orsay verbreiteten Meinung, eine Föderation der Nachfolgestaaten befürwortet. Ab Mitte März 1919 in Wien tätig, nahm er bald eine positive Haltung gegenüber Österreich ein, um es einerseits vor dem Anschluss, andererseits vom Bolschewismus, zu retten.¹⁹ Laut einem Ausdruck von ihm konnte Österreich nicht „den Bauch bei der Entente und den Kopf bei Deutschland“ haben. Die Schwierigkeiten der Versorgung – nicht nur von Wien – sah er aber mit größerer Besorgnis, da hier die Gefahr von sozialen Unruhen, also von einem Einfluss der Bolschewiken, bestand. Österreich zu Hilfe zu kommen, war somit eine geopolitische Notwendigkeit nachdem sich in Ungarn seit März eine Räterepublik gebildet hatte, die ihre Ambition auf Verbreitung des Bolschewismus laut angekündigt hatte, um die besetzten Gebiete des

¹⁷ Carinthie, mars-octobre 1919, MAE, Fonds PA-AP 166, Papiers André Tardieu, dossier 327.

¹⁸ Brief von Henri Allizé, 15. 5. 1919, MAE, Fonds PA-AP 166, Papiers André Tardieu, dossier 327, fol. 302–304.

¹⁹ ALLIZE, Ma mission à Vienne, 27.

ehemaligen Königreiches wieder zu erobern. Die französischen Gesandten, Allizé und René Pinon, alarmierten die Friedenskonferenz und unterstützten dabei die österreichischen Forderungen nach der definitiven Abtretung des Burgenlandes zugunsten Wiens. Ungarn wurde in diesen Monaten (März bis August-September) zum großen Problem der Friedenskonferenz, solange die Lage sich dort nicht stabilisierte. Das Risiko einer revolutionären Ansteckung wurde von beiden Seiten überschätzt: von den Franzosen, die sich von katastrophalen Nachrichten leiten ließen, von den Österreichern, die es teils bewusst instrumentalisierten. Da die Alliierten in Ungarn nicht intervenieren wollten, weil ihre dort liegenden Interessen nicht übereinstimmten, mussten sie Österreich nolens volens helfen, und ihre Aktion auf die Versorgung des Landes konzentrieren. Wilson sagte explizit, da die Vereinigten Staaten auch die Hauptlieferanten waren, dass die Leute ernährt werden mussten, um sie wieder zur Ruhe und Ordnung zu bringen.²⁰ Mittlerweile hatte sich die Situation tatsächlich beruhigt, sodass Österreich nun als glaubwürdiger Partner gegen die Unruhen in Ungarn gesehen wurde: Im Sommer 1919 lieferte es sogar Waffen – zwar geheim, um die Bevölkerung gegen die ehemaligen Kronländer nicht aufzuhetzen – an die Tschechoslowaken und Rumänen, die in Ungarn gegen die Bolschewiken kämpften. Als Gegenleistung bekam die österreichische Regierung die lang ersehnte Versorgung.

Die französische Mitteleuropa-Vorstellung sagte letztlich mehr über die strategischen Imperative und die Außenpolitik Frankreichs aus, als über die Region selbst. Diese Vorstellung bewegte sich periodisch zwischen einem binären Konzept von West- und Osteuropa, in welchem Mitteleuropa zu finden war, und einem fragmentierten, rein staatlichen Konzept, das ein Ergeb-

nis der Friedensverträge war.²¹ Diese semantische Abweichung verweist auf eine schwankende und problematische Identitätsfrage jener Region, die zu begreifen eine besondere Herausforderung für Frankreichs Politiker darstellte.

Die Interessen Frankreichs bestanden in erster Linie darin, „die Allianz des Krieges in den Frieden hinüberzuretten.“²² Daher strebte man nach einer fortdauernden politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Hauptsiegermächte Frankreich, Großbritannien und der USA. Diese schien die beste Lösung für die französische Position im internationalen System, da sie die Absicherung und Kontrolle gegenüber Deutschland garantierte, die dominierende Rolle Frankreichs in Kontinentaleuropa gewährleistete und der französischen Regierung eine Beteiligung an allen wichtigen weltpolitischen Fragen sichern würde.²³ Diesem Ziel dienten auch die zwischen Frankreich, Großbritannien und der USA am 28. Juni 1919 abgeschlossenen Garantieverträge. Die Tatsache, dass der amerikanische Kongress den Vertrag von Versailles nicht ratifizierte, hatte letztlich zur Folge, dass auch der französisch-amerikanische Garantievertrag hinfällig wurde; der britisch-französische Garantievertrag löste sich, weil sein Inkrafttreten von der Ratifizierung des amerikanischen Vertrags abhing, ebenfalls auf. Ende des Jahres 1919 sah sich Frankreich „in der paradoxen Situation, dass es auf Dauer zu schwach war, Deutschland allein an einem Wiedererstarren zu hindern, und zu stark, als dass es Deutschland hätte entgegenkommen können“.²⁴

Nach den französischen Wahlen vom Jänner 1920 löste Alexandre Millerand Georges Clemenceau als französischen Ministerpräsidenten

²¹ Vgl. AYCOBERRY, *BLED*, HUNYADI, *Conséquences*.

²² ALEXANDER, *Die französische Politik* 198.

²³ Vgl. KRÜGER, *Frankreichs Stellung* 393.; Siehe auch DERS., *Ostmitteleuropa nach dem Ersten Weltkrieg* 13–30.

²⁴ ALEXANDER, *Die französische Politik* 199.

²⁰ HAAS, *Österreich und die Alliierten* 31.

ab, nach dem Rücktritt von Paul Deschanel im September 1920 wurde er Präsident der Republik. Millerand und insbesondere der Generalsekretär des Außenministeriums Maurice Paléologue traten für die Schaffung einer lebensfähigen und starken wirtschaftlichen Einheit auf dem Gebiet der ehemaligen Habsburgermonarchie ein, um auf diese Weise Deutschland und das bolschewistische Russland in Schach zu halten. Paléologues Bestrebungen zielten darauf ab, Ungarn mit seinen Nachbarn zu versöhnen, weil dies die Voraussetzung für den geplanten Staatenbund war. Eine „barrière de l’Est“, welche nur aus Polen und der Tschechoslowakei bestand wäre nicht in der Lage gewesen, die deutsche und russische Gefahr fern zu halten. Die Schwächen dieser Konstruktion hatten sich schon während des russisch-polnischen Krieges gezeigt.²⁵ Der Plan wurde mit allgemeiner Feindseligkeit abgelehnt: aus naheliegenden Gründen seitens der Siegerstaaten mit politischen sowie wirtschaftlichen Argumenten, da Jugoslawien und Rumänien die Konkurrenz der ungarischen Landwirtschaft fürchteten; aber auch Österreich wollte nicht in eine Allianz schwacher Partner eintreten, da zu diesem Zeitpunkt sein Interesse einer Annäherung, wenn nicht einem Anschluss, an Deutschland galt; schließlich war nur Ungarn für den Plan von Paléologue zu gewinnen, da es im Zentrum des geplanten Bundes lag, und der Plan somit Ungarns Rückkehr in das diplomatische Spiel ermöglicht hätte.²⁶ Die französisch-ungarischen Verhandlungen scheiterten jedoch an den Forderungen Ungarns; Außenminister PálTeleki forderte die Wiederherstellung der historischen

Grenzen Ungarns.²⁷Die potentielle aber eher unwahrscheinliche Gefahr von Seiten Ungarn führte schließlich zu einer Allianz zwischen der Tschechoslowakei und dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, der sich nach einigem Zögern auch Rumänien anschloss. Diese Konstruktion konterkarierte die eher illusorischen französischen Projekte der Bildung einer Donauföderation.²⁸

Korrespondenz:

Prof. Dr. Catherine HOREL
CNRS UMR SIRICE
Campus Condorcet
5, cours des Humanités
93322 Aubervilliers Cedex
horel.c@orange.fr
ORCID-Nr. 0000-0001-5809-5303

Abkürzungen:

MAE Ministère des Affaires étrangères

PA-AP Papiers d’agent

Siehe auch das allgemeine Abkürzungsverzeichnis:
[<http://www.rechtsgeschichte.at/files/abk.pdf>]

²⁵ WANDYCZ, *France and Eastern Allies 186*. Die Bezeichnung „barrière de l’est“ wurde zuletzt im Quai d’Orsay formuliert, als es galt, einerseits Polen und den Westen gegen den Bolschewismus zu schützen, andererseits gegen Deutschland zu stärken. Es kam jedoch bald zu Problemen, als Frankreich diese „barrière“ um die Tschechoslowakei ergänzen wollte.

²⁶ HOVI, *Cordon sanitaire 197 f.*

²⁷ Zu den Verhandlungen und dem Memorandum von Graf István Bethlen vom März 1920 vgl. ÁDAM, *Richtung Selbstvernichtung* 25.

²⁸ HOREL, *Cette Europe qu’on dit centrale* 94.

ISBN 978-3-7001-8644-1

ISSN 2221-8890



9 783700 186441

Made in Europe